

## Gleichstellungspolitik

### Die Irrwege und Widersprüche der Gendermainstreaming-Ideologie

Unsere Stadträte im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, Raik Müller, Andreas Schachtschneider und Roland Hildebrandt, konnten auf dem Parkett der teils krude geführten Genderpolitik einen kleinen, aber dennoch als beachtlich einzustufenden Erfolg erreichen.

Bei der Projektförderung 2010 im Bereich Gleichstellung wurde, wie in den letzten 20 Jahren auch, eine freiwillige Förderung für den Dornrosa e.V. beschlossen. Der Dornrosa e.V. hatte sich in der Wendezeit gegründet mit dem Ziel, aktive Frauenpolitik und -förderung zu betreiben. Für den einen oder anderen ist der Dornrosa e.V. sogar eine radikal feministische Einrichtung, dessen generelle Förderung zu hinterfragen ist. Dies ist allerdings aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat wie in den Ausschüssen nicht möglich. Deshalb haben die Ausschussmitglieder mit Geschick sich den Hintergrund des Vereins genauer angeschaut, und zutage trat die Erkenntnis, dass die Stadt und die Mehrheit des Stadtrates seit zwei Jahrzehnten einen Verein fördern, der in seiner Satzung ausdrücklich die Mitgliedschaft von Männern ausschließt. Dies ist grundsätzlich nicht zu beklagen, wenn Einrichtungen nur bestimmte Personen aufnehmen möchten, aber dies kann nicht mit der Förderung von knappen öffentlich-städtischen Mitteln einhergehen – insbesondere nicht in der Gleichstellungspolitik. Auf diesen unhaltbaren Umstand haben unsere Ausschussmitglieder beharrlich hingewiesen und den Ausschuss zur Beschlussfassung bekommen, dass eine erneute Förderung in 2011 nicht mehr erfolgt, wenn diese anachronistische Satzung nicht überarbeitet wird und Männer grundsätzlich Mitglied werden können.

Die Devise lautet, wenn man keine Mehrheit für notwendige Veränderungen hat, darf man es aber nicht unterlassen, dem politischen Gegner den Spiegel – in diesem Fall in Fragen der Gleichstellungspolitik – vorzuhalten und an den eigenen Maßstäben zu messen. In der Regel ist es dann so, dass sich bei den linken Parteien ein Abgrund von Widersprüchen und Heuchelei auftut, den es aufzudecken gilt.

## Arbeitsmarktpolitik

### Die Bürgerarbeit ist in Halle gestartet

Die Bürgerarbeit als Arbeitsmarktinstrument, das vor allem Personenkreise an den Arbeitsmarkt heranführen soll, die aufgrund multipler Vermittlungshemmnisse keine Chance mehr hätten, hat in Sachsen-Anhalt seinen Ursprung. Die Idee, die dahinter steht, ist nachvollziehbar, aber, wie bei jedem Arbeitsmarktprogramm, vor allem von Seiten der privaten Wirtschaft kritisch beäugt. Bürgerarbeit richtet sich an Personengruppen, die aufgrund von Qualifizierung und Langzeitarbeitslosigkeit einen erschwerten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben. Anstatt, dass die Leute ihre Hartz IV-Leistungen beziehen und sich nicht einbringen können, wird bei der Bürgerarbeit die Differenz zwischen Arbeitslosengeld II und dem schuldnerischen Existenzminimum („Aufstockergrenze“) draufgelegt, so dass die Bürgerarbeiter 900 Euro brutto (30h-Woche) verdienen, wenn sie eine im öffentlichen Interesse liegende Arbeit verrichten, die dabei das Kriterium der Zusätzlichkeit – also die Nichtkonkurrenz zur Privatwirtschaft – erfüllt. Dabei wird begonnen, arbeitslose erwerbsfähige Hilfeempfänger in einer sechsmonatigen Aktivierungsphase durch eine Potenzialanalyse, durch Beratung und Qualifizierung in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Scheitern die Integrationsbemühungen, sollen ausgesuchte Teilnehmer einen "Bürgerarbeitsplatz" erhalten. Dabei konnte erreicht werden, dass das Projekt „Prävention durch Präsenz“ mit 42 bewilligten Stellen fortgeführt wird und in Straßenbahnen, Bussen und öffentlichem Raum Aufsichtspersonen nach dem Rechten schauen und bei Mängeln unverzüglich Meldung an die zuständigen Ämter erteilen, die für die Beseitigung zuständig sind. Darüber hinaus ist der größte Teil der 613 Bürgerarbeiter (Stand: 13.05.11) im Sozial-, Sport- und Jugendhilfebereich bewilligt und eingesetzt. Weitere Einsatzgebiete sind Kulturträger und der Umweltschutz. Eine zentrale Hoffnung für die Einführung der Bürgerarbeit scheint indes in Halle nicht zu gelingen – das Reduzieren von Ausgaben passiver Leistungen. Insbesondere die Senkung der Gesamtausgaben für die Kosten der Unterkunft (Wohnungsmiete) der Hartz IV-Empfänger wird durch das Zurückfahren anderer Arbeitsmarktinstrumente nicht zu erreichen sein. Dennoch ist die Bürgerarbeit für den Nutzerkreis ein Fortschritt; gelingt es doch, dass die betroffenen Personen für mindestens 3 Jahre einer

sinnvollen Tätigkeit im Dienste unserer Gesellschaft nachgehen können. Es ist sehr sinnvoll, dass die Menschen, wenn sie schon Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen, dafür wenigstens im Sinne des öffentlichen Interesses gemeinwohlorientiert arbeiten dürfen.

## **Finanzpolitik**

### **Haushalt 2011 verabschiedet**

In seiner Sitzung im April hat der Stadtrat der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 sowie dem Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 mehrheitlich zugestimmt, ebenso die Mitglieder der CDU-Fraktion. Vorausgegangen waren unzählige Stunden intensiver Diskussionen in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss. Der Haushalt 2011 weist im Verwaltungshaushalt einen Fehlbedarf von 25.065.100 Euro auf, bei einem Gesamtvolumen von 803.003.200 Euro; 2010 betrug das Defizit 32.155.400 Euro, das Altdefizit für die Jahre 2002 - 2009 beträgt 209.472.700 Euro.

In den Haushaltsberatungen und der abschließenden Stadtratssitzung gelang es uns, durch entsprechende Anträge, dass zusätzlich Mittel für Investitionen für die Verbesserung des Brandschutzes in Schulen und Kindertagesstätten und für die Dünnschichtbeläge für die Straßensanierung eingestellt wurden.

Das Landesverwaltungsamt hatte die Stadt beauftragt, den Fehlbedarf für 2011 nicht über 20 Mio. Euro steigen zu lassen. So ist es sehr fraglich, ob bei dem ausgewiesenen Fehlbedarf für 2011 eine Haushaltsgenehmigung vom Landesverwaltungsamt erteilt werden wird. Bis zur Genehmigung des Haushaltes bestimmt die vorläufige Haushaltsführung das Verwaltungshandeln. Das bedeutet, dass ausschließlich die Pflichtleistungen erfüllt werden können oder Leistungen, die vertraglich gebunden sind. Ansonsten können nur unabweisbare Aufgaben geleistet werden. Im freiwilligen Bereich, dazu gehören die Sportvereine, zahlreiche kulturelle Einrichtungen und Vereine, können Zuwendungen nicht erfolgen, solange kein bestätigter Haushalt vorliegt. Selbst wenn der Haushalt genehmigt werden sollte, ist mit der Wirksamkeit frühestens ab September 2011 zu rechnen. Der Vermögenshaushalt ist, wie vom Gesetzgeber gefordert, ausgeglichen, und hat ein Volumen von knapp 210 Mio. Euro.

Für eine Stadt der Größe Halles ein viel zu geringer Betrag, zumal fast 90% der Summe durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden sind. Eine neuerliche Kreditaufnahme wird der Stadt durch das Landesverwaltungsamt auf Grund der allgemeinen Haushaltssituation verweigert. Das hat gravierende Auswirkungen auf den Hoch- und Tiefbau in der Stadt, den Erhalt von städtischen Immobilien und Straßen oder gar Neubauten.

Der Handlungsspielraum ist äußerst klein und besonders betrüblich ist, dass keine Besserung in Sicht ist für die nächsten Jahre.

## **In eigener Sache**

### **Fraktion vor Ort**

Um die Politik, die von den Stadträten und den sachkundigen Einwohnern täglich gemacht wird, den Bürgerinnen und Bürgern in ganz Halle (Saale) besser vermitteln zu können, organisiert die CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Termine vor Ort. Das Gremium „Stadtrat“ ist für viele Menschen immer noch "zu weit weg"; Informationen über geplante Vorhaben, Satzungsänderungen oder Entwicklungspläne werden meist nur über die Presse wahrgenommen. Damit sich dieses Bild ändert, bringen wir Politik zu Ihnen! Sollten Sie Anregungen für einen Besuch vor Ort haben, kontaktieren Sie uns bitte.

Nächster Termin:

Montag, 27. Juni 2011, 16:30Uhr

Hallescher Kanu-Club 54 e. V. (Am Tagebau 200, 06132 Halle)

Herausgeber:

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Hansering 15, 06108 Halle (Saale)

Telefon: (0345) 221 3054

Fax: (0345) 221 3064

Mail: [cdu.fraktion@halle.de](mailto:cdu.fraktion@halle.de)

Homepage: [www.cdu-fraktion-halle.de](http://www.cdu-fraktion-halle.de)

Verantwortlich: Bernhard Bönisch (Fraktionsvors.)